

Vielfalt und Einheit – die Entstehung der Großgemeinde Grünberg

„Bürgernähe“ würde man heutzutage sagen. Die „ortsnahe Gestaltung der Verwaltung“ war das Schlagwort Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre, das die Bestrebungen zum Zusammenschluss kleinerer Gemeinden zu größeren kommunalen Einheiten schmackhaft zu machen versuchte.

Doch die Kommunalpolitiker im Landkreis Gießen standen den bereits 1965 in die Öffentlichkeit getragenen Gedanken freiwilliger Gebietszusammenschlüsse skeptisch gegenüber. Die Sorge vor allem kleinerer Gemeinden manifestierte sich in der Angst, vom jeweils größeren Nachbarn „geschluckt“ zu werden, wie aus einem im Grünberger Stadtarchiv verwahrten Artikel aus der Gießener Allgemeinen vom 31. Juli 1970 hervorgeht.

Ziel der Bemühungen war es, größere Verwaltungseinheiten zu bilden und Zuständigkeiten der Kreise auf diese Großgemeinden zu übertragen. Man hoffte, „damit zu erreichen, daß der Bürger bei der Verwaltung der Großgemeinde nach Möglichkeit alle Anliegen erledigen kann und ihm der Weg zur Kreisverwaltung erspart bleibt“, so die Ausführungen in einem Informationsblatt für Gemeindezusammenschlüsse vom 2. November 1970. Durch die wachsende Gemeindegröße wollte man die „Selbstverwaltungsfähigkeit“ und damit die kommunale Unabhängigkeit stärken, die Effektivität der Verwaltung steigern und die finanzielle Situation vor allem sehr kleiner Gemeinden verbessern. Man strebte an, aus insgesamt 85 selbständigen Gemeinden im Landkreis Gießen neun bis zwölf starke Großgemeinden zu bilden.

Der Zusammenschluss sollte auch in unserer Grünberger Region – so eine Bürgermeisterbesprechung vom 30. Juni 1970 – „auf freiwilliger Grundlage erfolgen“, um eine größtmögliche Akzeptanz als Basis einer guten Zusammenarbeit zu schaffen.

Doch schien dies noch im Jahr 1970 für die heute zu Grünberg gehörenden Ortsteile verständlicherweise nicht einfach zu sein, fürchtete man doch den Verlust von Selbstbestimmung und Einfluss auf die Geschicke des eigenen Ortes.

Während Göbelnrod, Klein-Eichen, Queckborn, Stockhausen, Weickartshain und Weitershain jeweils Vertreter in den zu bildenden „Arbeitsausschuß Gemeindezusammenschlüsse“ entsandten, der auf einen Zusammenschluss mit Grünberg hinarbeiten sollte, beschloss Lardenbach, kein Mitglied zu entsenden, da man einen Zusammenschluss der Seenbachtalgemeinden bevorzugte. In einem Schreiben der Bürgermeisterei Lehnheim vom 23. Oktober 1970 an den Magistrat der Stadt Grünberg wurde unmissverständlich klargestellt, dass „für die Gemeinde Lehnheim ein freiwilliger Zusammenschluß z. Zt. nicht in Frage kommt [...]“. Und auch Lumda entschied „nach Anhörung der Ortsbürger in einer Bürgerversammlung, wobei diese ihre einhellige Meinung gegen einen Zusammenschluß mit der Stadt Grünberg zum Ausdruck brachten [...], nicht mehr an Zusammenschlußgesprächen teilzunehmen [...]“.

Über die Institution der Ortsbeiräte, die „als Wahrer der Interessen der Anschlußgemeinden“ bestellt werden sollten, bei „allen wichtigen Entscheidungen zu hören“ und zu Ausschusssitzungen zu laden waren, versuchte man den berechtigten Interessen der Einzelgemeinden gerecht zu werden. So ist auch in der ersten Hauptsatzung der Großgemeinde Grünberg vom 27. Juli 1972 unter § 13 zu lesen, dass „die Stadt Grünberg in 14 Stadtteile (Ortsbezirke) eingeteilt“ ist und „für jeden Ortsbezirk (Stadtteil) [...] ein Ortsbeirat gewählt“ wird. „Als Abgrenzungen gelten die ursprünglichen Gemarkungsgrenzen der bisher selbständigen Gemeinden“, so die Satzung weiter.

Wie der Hauptsatzung vom Juli 1972 zu entnehmen ist, glückte der Zusammenschluss zur Großgemeinde Grünberg nach Diskussion verschiedener Zusammenschluss-Varianten letzten Endes doch. Am 31. Dezember 1970 wurden die Gemeinden Beltershain, Göbelnrod, Klein-Eichen, Lumda, Queckborn, Stangenrod, Stockhausen, Weickartshain und Weitershain der Großgemeinde Grünberg eingegliedert. Am 1. Februar 1971 folgten Harbach und Lardenbach und am 31. Dezember 1971 Lehnheim, das vom Kreis Alsfeld an den Landkreis Gießen übergang. Mit Eingliederung der Gemeinde Reinhardshain zum 1. April 1972 konnte die Bildung

